

Unrecht nicht hören?
Unrecht nicht sehen?
Recht nicht sprechen?



Unrecht hören und sehen!
Kein Unrecht sprechen!
Recht sprechen!

Elektronische Eingabe

<https://webform.serafe.ch>

SERAFE AG

Schweizerische Erhebungsstelle
für die Radio- und Fernsehgebühr

Postfach
8010 Zürich

30. Mai 2024



Dr. Simon Kramer
Bd de Grancy 20
1006 Lausanne

Offene Eingabe (Zeitzeugnis): Causa Propaganda-Steuer¹

Werte Abgabenerhebungsstelle

Danke für Ihr freundliches Angebot in Ihrer (ersten) Mahnung BM-1428-5345-400 vom 15. Mai 2024, Sie zu kontaktieren, was ich hiermit tue, damit wir zusammen eine adäquate Lösung für die Bezahlung Ihrer Rechnungen finden. In diesem Sinne bitte ich Sie, mir eine **adäquate rechtliche Begründung** dafür zu liefern, warum ich jene zu bezahlen habe **und zwar auch solange Ihr Auftraggeber, die SRG, ihren gesetzlichen Leistungsauftrag² mir gegenüber nicht erfüllt**. In Anbetracht der durch die SRG verbreiteten Fehl- wenn nicht Desinformation mindestens seit dem **totalitären Corona-Regime** (seit Anfang 2020) und bis heute (keine **adäquate Aufarbeitung** davon trotz **überwältigender Evidenz** für deren Notwendigkeit) sehe ich nämlich weder eine moralische, ethische, noch eine rechtliche Obligation,³ diese Rechnungen zu bezahlen:

<https://www.simon-kramer.ch/Corona.html>

(Unterstützung willkommen)

Im Gegenteil sehe ich in Anbetracht dieser Evidenz, die *nota bene* anstelle der den Steuerzahler betragenden Medien (Missrepräsentation der Realität: sorgfältig an der Realität vorbei recherchieren und diese mit links-autoritärer Ideologie in progressiv-perverser Reizwäsche verkleiden; im Widerstand⁴ dagegen «**Massenmerdien**» genannt) und unter **existenzbedrohenden Opportunitätskosten** von Bürgern zusammengetragen worden ist,⁵ eine moralische, ethische und rechtliche

¹https://www.simon-kramer.ch/letters/SERAFE_2024-05-30.zip

²<https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/1999/404/de>, <https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/2007/150/de>, https://fr.wikipedia.org/wiki/Charte_de_Munich und <https://presserat.ch/en/journalistenkodex/>

³https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/27/317_321_377/de

⁴<https://doi.org/10.5167/uzh-18403>

⁵(un)menschliche https://de.wikipedia.org/wiki/Denial_of_Service Attacke des Staates auf seine Bürger

Unrecht nicht hören?
Unrecht nicht sehen?
Recht nicht sprechen?



Unrecht hören und sehen!
Kein Unrecht sprechen!
Recht sprechen!

Pflicht,⁶ sowohl (1) diese Rechnungen nicht mehr zu bezahlen, weil ich mich ja sonst mitschuldig an Verbrechen gegen unsere Eidgenossenschaft (Dreizehnter Titel StGB) und die Menschlichkeit (Demozid) machen würde, als auch (2) Schadenersatz von der SRG für ihre nationalstaatlich-bedrohend negative Leistung (Manipulation von Abstimmungen durch fehlende und falsche Information und dadurch sowohl (2.1) Unrechtssetzung mittels verfassungswidrigen Bundesgesetzen wie dem PMT-, CoViD- und dem Epidemien-Gesetz und ebensolchen Staatsverträgen mit der EU-NATO oder der WHO, als auch (2.2) Missrepräsentation mittels gekauften Lobby-Politikern) einzufordern (Rückerstattung der **Propaganda-Steuer** mit existenzbedrohend negativem gesellschaftlichem Mehrwert, Wiederherstellung des Rechtsfriedens, keine platonische Volkswahl der Tyrannei über das Volk!).

Weiter wünsche ich von Ihnen eine **adäquate Statistik** ab dem Jahr 2020 (also ab dem **Corona-Protection-Racket**) bis heute und zwar über die Zahlungsverweigerungen Ihrer Rechnungen, Ihrer ersten Mahnungen, Ihrer zweiten Mahnungen und Ihrer entsprechenden Betreibungen.⁷

Ich behalte mir Klagen zur Feststellung meiner Pflichten und zur Veröffentlichung der erwähnten Informationen bei den dafür zuständigen Gerichten unseres sogenannten Rechtsstaates vor. **Welche seiner (grölenden respektive kichernden) Schwurbel-Richter und -Richterinnen sind wohl so kriminell verroht respektive verludert, sich durch die Feststellung einer perversen Pflicht, mich mitschuldig zu machen, sich selber mitschuldig zu machen?**

Wollen Sie mir wirklich Ihre weiteren Mahnungen und Rechnungen schicken und somit Ihre eigene Mitschuld an Verbrechen gegen unsere Eidgenossenschaft und die Menschlichkeit bestätigen?

Grüsse eines evidenzbasiert
ehemaligen Staatsgläubigen

Beilage

- meine prä-Corona-Korrespondenz mit dem BAKOM, der SRG und der UBI
- mir nachträglich indirekt Recht gebendes Bundesgerichtsurteil
- Illustration (zur Erinnerung und Verinnerlichung)

Kopie an

BAKOM
SRG
UBI
Bundesanwaltschaft
Verlag Konsumenteninfo AG
Initiativkomitee «200 Franken sind genug!»

⁶https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/54/757_781_799/de

⁷<https://www.oeffentlichkeitsgesetz.ch> und <https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/2007/151/de>

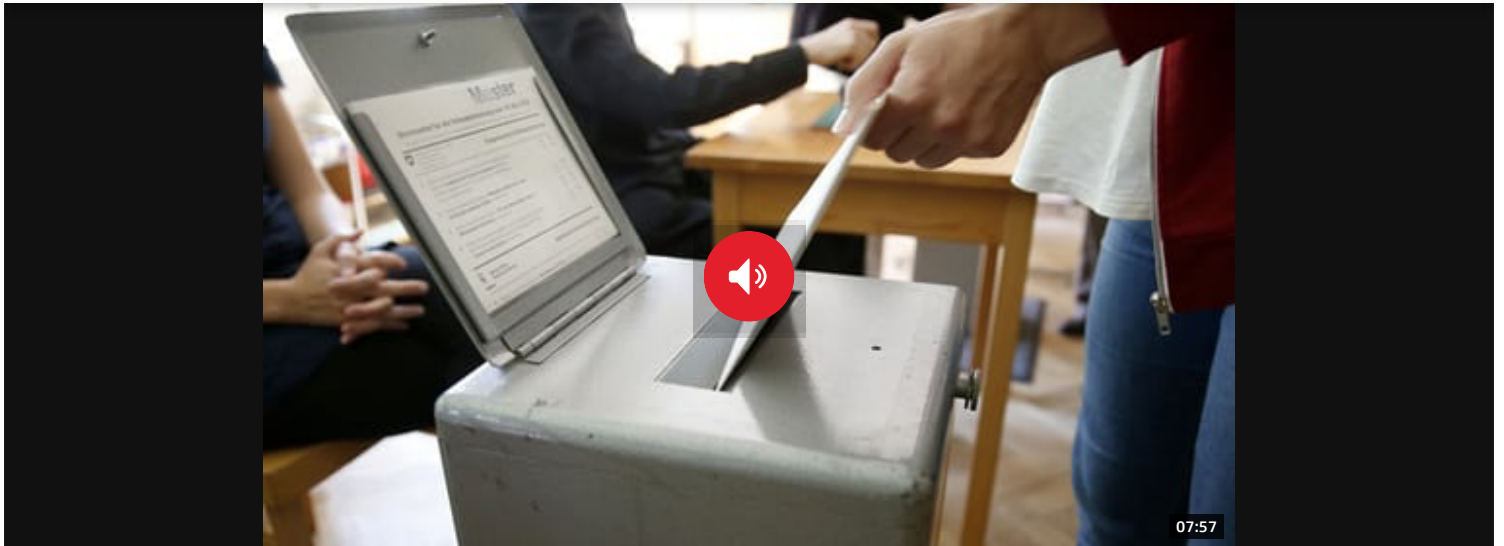
Unrecht nicht hören?
Unrecht nicht sehen?
Recht nicht sprechen?



Unrecht hören und sehen!
Kein Unrecht sprechen!
Recht sprechen!

SRF-Artikel aus dem *Echo der Zeit* vom 12. November 2019⁸

⁸<https://www.srf.ch/news/schweiz/buergerinnen-und-buerger-gesucht-wenn-das-stimmvolk-wacker-schrumpft>



Die Zahl der Stimm- und Wahlberechtigten sinkt weiter - was tun?

Aus Echo der Zeit vom 12.11.2019.

News >

Schweiz >

Bürgerinnen und Bürger gesucht

Wenn das Stimmvolk wacker schrumpft

Was tun, damit nicht plötzlich eine Minderheit über eine Mehrheit bestimmt? Auch Basel-Stadt muss sich Gedanken machen.

Marlène Sandrin

Samstag, 16.11.2019, 22:23 Uhr



Dieser Artikel wurde 3-mal geteilt.

Paola Palmieri ist eine von ihnen: Sie lebt in Basel, darf aber nicht abstimmen und wählen: «Ich bin 1977 hier geboren. Mein Einreisedatum auf dem Ausländerausweis ist mein Geburtsdatum. Ich habe hier die Schulen gemacht und bin hier daheim.»

Politisch mitbestimmen kann sie aber nur in Italien, wo ihre Eltern herkommen. Die Seconda erfüllt zwar alle Voraussetzungen für eine Einbürgerung, will aber nicht: «Vor einem Jahr habe ich mich angemeldet. Als ich den Antrag mit all den Fragen sah, war das aber ein No-Go, aus Prinzip.»

« Als ich den Antrag mit all den Fragen sah, war das ein No-Go. Aus Prinzip. »

Paola Palmieri

Seconda mit Jahrgang 1997, geboren in Basel, Italienerin mit Ausländerausweis

Paola Palmieri will nicht als Bittstellerin auftreten und «beweisen» müssen, dass sie hier zu Hause ist. Sie sehe es als Recht, als gebürtige Baslerin ein Mitspracherecht zu haben. Auch sei das Einbürgerungsverfahren lang und

teuer.

Nach fünf, zehn Jahren oder gar nicht?

Die Frage des Stimmrechts für Ausländerinnen und Ausländer beschäftigt auch das Basler Parlament. Denn laut statistischen Berechnungen könnte bereits in zehn Jahren weniger als die Hälfte der Bevölkerung stimmberechtigt sein. Der Grund: Es wandern mehr Menschen ein, als sich einbürgern lassen.

SP-Grossrätin Edibe Gölgeci verlangt deshalb in einem Vorstoss das kantonale Wahlrecht für alle Einwohnerinnen und Einwohner nach fünf Jahren. Diese Menschen seien Teil des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens.

SVP-Fraktions-Chef Pascal Messerli widerspricht. Auch andere Bevölkerungsteile wie etwa die Jungen seien untervertreten: «Trotzdem ist es sinnvoll, dass man ab 18 stimmen kann und Schweizer Bürger sein muss. Das ist auch eine Motivation, sich einbürgern zu lassen und sich zu integrieren.» Damit verbunden seien auch Rechte und Pflichten.

Für Messerli soll es so bleiben – unabhängig von der Bevölkerungssituation. Nicht alle Bürgerlichen sehen das so: Auch die CVP fordert per Vorstoss das Einwohnerstimmrecht – nach zehn Jahren.

Wichtiges Nein vor zehn Jahren

Die Basler haben ein kantonales Ausländerstimmrecht schon mehrmals abgelehnt. Zuletzt vor knapp zehn Jahren, als über 80 Prozent Nein sagten.

Dass das Thema nun wieder aufkommt, verwundert Joachim Blatter, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Luzern, nicht: Der Ausschluss eines so grossen Bevölkerungsteils sei tatsächlich der «ganz grosse schwarze Fleck auf der schönen weissen Weste der Schweizer Demokratie». Die Schweiz schliesse mehr Menschen aus dem demokratischen System aus als die meisten anderen europäischen Länder.

« Wer sich an die Gesetze halten muss, soll mitbestimmen können. »

Joachim Blatter
Professor für Politikwissenschaft, Universität Luzern

Es sei ein Demokratiedefizit, wenn ein Viertel der Schweizer Bevölkerung nicht mitbestimmen dürfe, so Blatter. Es widerspreche aber auch den Grundregeln der Demokratie. Denn: «Wer sich an die Gesetze halten muss, soll mitbestimmen können.» Insbesondere auf kommunaler Ebene, wo die Beschlüsse die Menschen im Alltag ganz direkt betreffen.

Direkte Demokratie als Bremse

Der Politikwissenschaftler plädiert für ein Bewohnerinnen- und Bewohner-Stimmrecht nach fünf Jahren, wie dies vereinzelt Gemeinden in Appenzell-Ausserrhoden und Graubünden ermöglichen. Ansonsten aber sollten laut Blatter die Hürden für die Einbürgerung markant gesenkt werden.

Für beides fehlt laut Blatter aber der politische Wille. Der Grund liege in der direkten Demokratie selber, denn diese habe sich immer als grosse Bremse erwiesen, wenn es um die Aufnahme neuer Gruppen in den Kreis der Stimmberechtigten gegangen sei. Siehe Frauenstimmrecht. 130'000 16-Jährige

Gegensteuer mit Stimmrechtsalter 16?



Die Klimajugend fordert ein politisches Mitbestimmungsrecht.

KEYSTONE/ARCHIV

Die Zahl der Stimmberechtigten in der Schweiz sinkt. Das bringt die Jugend auf den Plan. Es sei an der Zeit, dass diese nicht nur demonstrieren, sondern auch mitbestimmen könne, findet Nationalrätin Sibel Arslan (BS/Grüne). Sie hat einen entsprechenden Vorstoss eingereicht. Schon mehrfach wurde über das Stimmrechtsalter 16 abgestimmt. Zuletzt wurde es im Baselbiet mit fast 85 Prozent abgeschmettert. Das schreckt Arslan nicht ab. Das Frauenstimmrecht habe auch mehrere Anläufe gebraucht, sagt sie.

Sollte ihr Anliegen keine Mehrheit finden, ist das Thema noch nicht vom Tisch: Eine Gruppe junger Menschen plant eine Initiative für ein nationales Stimmrechtsalter 16. Ein Mitglied ist Philipp Kramer. «Die Jungen müssten stärker in das politische System eingeführt werden, (...) sonst ist die Demokratie nicht mehr, was sie sein sollte: Die Stimme des Volkes.» 130'000 16- und 17-Jährige wären bei einem Ja auf einen Schlag stimmberechtigt.

Bloss: Interessieren sie sich überhaupt für Politik? Ja, sagt Kramer. Eine Studie aus Österreich – dort dürfen die Jungen an die Urne – zeige, dass die 16- und 17-Jährigen das Stimmrecht nutzten. Auch Glarus, der als einziger Schweizer Kanton ein Stimm- und Wahlrechtsalter 16 kennt, konnte seine Landsgemeinde verjüngen. Weitere kantonale Entscheidungen stehen an: So stimmt Neuenburg im Februar darüber ab, ob 16-Jährige, die dies explizit einfordern, zur Urne gehen dürfen. (walr)



Jederzeit top informiert!

Erhalten Sie alle News-Highlights direkt per Browser-Push und bleiben Sie immer auf dem Laufenden. [Mehr](#) ▾

AKTIVIEREN

51 Kommentare

[Ausblenden](#) ^

Kommentarfunktion deaktiviert

Uns ist es wichtig, Kommentare möglichst schnell zu sichten und freizugeben. Deshalb ist das Kommentieren bei älteren Artikeln und Sendungen nicht mehr möglich.

[Alle Kommentare](#)

[Beliebteste](#)

Ellie Konstantin (Elliekon)

Sonntag, 17. November 2019, 19:45 Uhr

Wie wär's denn mal mit Einbürgerung erleichtern...

[Zustimmen \(1\)](#) | [Ablehnen \(5\)](#)



Thomas Leu (tleu)

Sonntag, 17. November 2019, 21:18 Uhr

@ Ellie Konstantin: Ist bereits umgesetzt. Sie Bund:

https://www.sem.admin.ch/sem/de/home/themen/buergerrecht/einbuengerung/erleichterte_

[Zustimmen \(2\)](#) | [Ablehnen](#)

Ueli Lang (Wochenaufenthalter)

Sonntag, 17. November 2019, 18:37 Uhr

Das hier geschilderte Problem ist bei vertiefter Analyse gar keines! Der abstimmende Anteil ist, solange zweistellige Prozentzahlen teilnehmen, genügend gross um repräsentativ zu sein. Diese Diskussion um die Beteiligung ist daher eigentlich irrelevant, denn Demokratie funktioniert auch mit 75% Abstinenten! Die grosse Zahl sichert nämlich die Stabilität des Resultats!

[Zustimmen \(3\)](#) | [Ablehnen \(3\)](#)

Eva Werle (Eva Werle)

Sonntag, 17. November 2019, 13:37 Uhr

gleiche rechte, gleiche pflichten!

wenn alle "ausländer", die hier leben und arbeiten, steuern und sozialbeiträge zahlen, diese diskriminierung (nämlich im gegenzug keine rechte zu haben) beenden und das land verlassen würden, dann würden sicher viele branchen zusammenbrechen.

aber bevor man über erleichterte einbürgerung und/oder wahlrechte streitet, müsste sich erst der latente ausländerhass ändern, der hier den menschen ohne schweizer pass allenthalben entgegen schlägt.

Unrecht nicht hören?
Unrecht nicht sehen?
Recht nicht sprechen?



Unrecht hören und sehen!
Kein Unrecht sprechen!
Recht sprechen!

Mein nicht-freigeschalteter Kommentar
(eingegeben am 17. November 2019
um circa 10:35 Uhr morgens)

Unrecht nicht hören?
Unrecht nicht sehen?
Recht nicht sprechen?



Unrecht hören und sehen!
Kein Unrecht sprechen!
Recht sprechen!

Teil 1/5 (Zeichenbeschränkung):

Die Aussage «Wer sich an die Gesetze halten muss, soll mitbestimmen können.» von Joachim Blatter, Professor für Politikwissenschaft, Universität Luzern und von der SRG unkritisch als Herrn Blatters Experten-Meinung (sogar hervorgehoben) verbreitet, ist elementar-logisch äquivalent zur Aussage «Wer nicht mitbestimmen können soll, der muss sich nicht an die Gesetze halten.» (siehe z.B. Wikipedia: «Kontraposition»)!

Teil 2/5:

Also müssen sich gemäss Professor Blatter und SRG unsere mehr als zwei Millionen ausländischen Mitmenschen in der Schweiz, also etwa ein Viertel unserer Bevölkerung (siehe z.B. Bundesamt für Statistik), also auch uns bevölkernde Terroristen, nicht an unsere Gesetze halten, was natürlich national kritisch wäre und beweisbar falsch ist!

Teil 3/5:

Meiner Laien-Meinung nach ist das zudem unseren, auf unsere kostbare direkte Demokratie abgestützten Rechtsstaat gefährdende, links-extreme Propaganda und zwar auf unser aller Kosten (also auch ein klarer Fall für die Ombudsstelle der SRG).

Teil 4/5:

Sogar unser neutraler (!) National- und hoffentlich Noch-Rechtsstaat soll offenbar à la Kommunismus, Muslimbrüder wie auch Neoliberalismus - nota bene, alle transnational - unter bewusster oder unbewusster Beihilfe unserer links-extrem gesinnten MitbürgerInnen von innen her demographisch aufgesprengt werden.

Teil 5/5:


Natürlich können weder Polizei noch die zur Polizei subsidiäre Armee potentiell mehr als zwei Millionen - nota bene, sich zu etwas berechtigt fühlend (!) aufgerufene - inländische Mitmenschen besänftigen. Wie bitte sehen das andere logisch denkende Mitmenschen - inklusive Juristen? (linke Literaturempfehlung: «Manufacturing Consent» von Herman und Chomsky)

Unrecht nicht hören?
Unrecht nicht sehen?
Recht nicht sprechen?



Unrecht hören und sehen!
Kein Unrecht sprechen!
Recht sprechen!

Beschwerde bei der SRG

From: Simon Kramer simon.kramer@bluewin.ch 
Subject: Fwd: Ombudsfall Nr. 6210: SRF News v. 16.11.19 (Schrumpfung Stimmvolk)
Date: 26 November 2019 at 07:35
To: srf@srf.ch
Cc: info@bakom.admin.ch, Dr Simon KRAMER simon.kramer@bluewin.ch



Guten Tag

Dies ist eine Beschwerde gemäss den von mir unten aufgezählten Punkten (1) bis (7).

Es sollte eine einzige Anlaufstelle für Beschwerden bei Ihnen geben.

Gegenwärtig erweckt die SRG bei mir leider den Eindruck,
dass sie Beschwerdeführer abwimmeln will.

Welche bitte ist die Email-Adresse des zuständigen Zivilrichters?

Es ist mühsam und erweckt keinen guten Eindruck,
dass man sich auch diese erfragen muss.

Beste Grüsse,

-- Simon Kramer

e-vcard: <https://www.simon-kramer.ch/Simon-Kramer.vcf>



Ombudsfall Nr
6210 S...olk.pdf



SRG-Artikel.pdf

| Begin forwarded message:

From: "Blum, Roger (SRG.D)" <roger.blum@ombudsstellesrgd.ch>
Subject: **AW: Ombudsfall Nr. 6210: SRF News v. 16.11.19 (Schrumpfung Stimmvolk)**
Date: 25 November 2019 at 16:32:29 CET
To: Simon Kramer <simon.kramer@bluewin.ch>
Cc: "Looser, Denise (SRG.D)" <Denise.Looser@srf.ch>
Content-Type: text/plain; charset="utf-8"

Sehr geehrter Herr Kramer

Die Ombudsstelle ist nur zuständig für journalistische Inhalte, folglich nicht für Nutzer-Kommentare. Wenn Sie die Nichtfreischaltung von Nutzer-Kommentaren beanstanden wollen, müssen Sie sich direkt an die Redaktion von SRF News wenden, allenfalls an den Zivilrichter, und in grundsätzlicher Art und Weise an das Bundesamt für Kommunikation (BAKOM).

Mit freundlichen Grüßen

Roger Blum, Ombudsmann

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Simon Kramer <simon.kramer@bluewin.ch>
Gesendet: Samstag, 23. November 2019 10:28
An: Beanstandung Ombudsstelle (SRGD) <beanstandung@ombudsstellesrgd.ch>
Cc: Dr Simon KRAMER <simon.kramer@bluewin.ch>
Betreff: Re: Ombudsfall Nr. 6210: SRF News v. 16.11.19 (Schrumpfung Stimmvolk)

Sehr geehrte Frau Looser Barbera

Danke für Ihre informative Email-Eingangsbestätigung meiner Beanstandung.

Jedoch sollte - und kann technisch - eine solche Bestätigung automatisch erfolgen, damit die beanstandende Person sofort über den Status ihrer gemachten Beanstandung Bescheid weiss und nicht wie ich im vorliegenden Fall - aus welchen Gründen auch immer - tagelang im Unklaren über den Beanstandungsstatus gelassen wird.

Hiermit reiche ich zusätzlich dringende Beschwerde ein

(1) wegen der Blockierung (also Nicht-Freischaltung) und darum

und

(SRG)

(2) wegen der krassen (wenigstens de-facto) Zensur

meines nicht gegen die Netiquette verstossenden, fünfteilig eingereichten
(und darum sicher nicht versehentlich verlorenen) prägnanten Kommentars
zum hier beanstandeten, höchst problematischen SRG-Artikel und darum

(3) wegen Verschleppung und schlussendlicher Verhinderung

(3.1) der dringend nötigen Richtigstellung des Sachverhaltes (Faktenklärung)

(3.2) meiner Partizipation an der Leserdiskussion (Gegenmeinungsäusserung)

Nota bene:

«Uns ist es wichtig, Kommentare möglichst schnell zu sichten und freizugeben.»

Viel später als meiner eingereichte Leserkommentare wurden aufgeschaltet.
Es gab nicht viele Leserkommentare. Beides ist im Anhang dieses Emails belegt.

(4) wegen faktenklärungs- und gegenmeinungenäusserungs-
behindernder Zeichenbeschränkung der Kommentarfunktion

(5) wegen mangelnder automatischer Email-Eingangsbestätigung
(Beleg) für eingereichte Leserkommentare und Beanstandungen

(6) wegen zu langer Bearbeitungsdauer von Beanstandungen, vor allem
wenn diese höchst problematische Artikel, wie den von mir hier
beanstandeten, derer Richtigstellung dringend ist, betreffen
(man muss Ihnen entsprechende Ressourcen dafür anstatt für
volksdebilisierende Sendungen à la Glanz und Gloria in
der Unsitte römischer Brot-und-Spiele zuteilen)

(7) wegen falscher Gewichtung von Prioritäten.

In meiner, durch sich häufende Indizien zunehmend bestätigter Wahrnehmung ist die SRG
immer weniger unterscheidbar von einem, wie von Herman und Chomsky beschriebenen,
staatlichen Propagandaapparat - einfach linker anstatt rechter Ausprägung.

(Rechtem) Neoliberalismus wird undifferenziert mit (linkem) Kommunismus beantwortet, was zu einer für unsere Gesellschaft katastrophalen Polarisierung und Spaltung (wie z.B. in der fragmentierten britischen Bevölkerung und seinem handlungsunfähigen Parlament) anstatt zur Wiederherstellung eines gut schweizerischen (differenzierten) Gleichgewichts führt.

In diesem extremen bipolaren Spannungsfeld werden verzweifelte Mitmenschen, die sich nicht gut mit Worten ausdrücken können und deren Wortmeldungen erst noch mit Zensur unterdrückt werden, sich halt mit entsprechenden Verzweiflungstaten ausdrücken.

So werden Bürgerkriege programmiert, was meiner Laien-Meinung nach mindestens eventualvorsätzliche Staatsgefährdung ist.

Mit freundlichen Grüßen,

-- Dr. Simon KRAMER

e-vcard: <https://www.simon-kramer.ch/Simon-Kramer.vcf>

Unrecht nicht hören?
Unrecht nicht sehen?
Recht nicht sprechen?



Unrecht hören und sehen!
Kein Unrecht sprechen!
Recht sprechen!

Antwort vom SRG-Ombudsmann

Monsieur
Simon Kramer
Boulevard de Grancy 20
1006 Lausanne

Roger Blum, Ombudsmann
Ombudsstelle SRG.D
c/o SRG Deutschschweiz
Fernsehstrasse 1-4
8052 Zürich

E-Mail: beanstandung@ombudsstellesrgd.ch
Telefon: +41 79 618 39 69

28. November 2019

Fall Nr. 6210: SRF News online (Artikel «Wenn das Stimmvolk wacker schrumpft») und Radio SRF, Sendung «Echo der Zeit» (Beitrag «Die Zahl der Stimm- und Wahlberechtigten sinkt weiter – was tun?»), beides vom 12. November 2019. Schlussbericht der Ombudsstelle

Sehr geehrter Herr Kramer

Mit Ihrer E-Mail vom 17. November 2019 beanstandeten Sie den SRF-Online-Artikel «Wenn das Stimmvolk wacker schrumpft» vom 12. November 2019 und damit auch die Sendung «Echo der Zeit» (Radio SRF) vom 12. November 2019 («Die Zahl der Stimm- und Wahlberechtigten sinkt weiter – was tun?»).¹ Ihre Eingabe entspricht den formalen Anforderungen an eine Beanstandung. Ich kann daher darauf eintreten.

A. Sie begründeten Ihre Beanstandung wie folgt:

«Die Aussage <Wer sich an die Gesetze halten muss, soll mitbestimmen können> von Joachim Blatter, Professor für Politikwissenschaft, Universität Luzern und von der SRG unkritisch als Herrn Blatters Experten-Meinung (sogar hervorgehoben) verbreitet, ist elementar-logisch äquivalent zur Aussage <Wer nicht mitbestimmen können soll, der muss sich nicht an die Gesetze halten> (siehe z.B. Wikipedia: 'Kontraposition')!

Also müssen sich gemäss Professor Blatter und SRG unsere mehr als zwei Millionen ausländischen Mitmenschen in der Schweiz, also etwa ein viertel unserer Bevölkerung (siehe z.B. Bundesamt für Statistik), also auch uns bevölkernde Terroristen, nicht an unsere Gesetze halten, was natürlich national kritisch wäre und beweisbar falsch ist!

Meiner Laien-Meinung nach ist das zudem unseren, auf unsere kostbare direkte Demokratie abgestützten Rechtsstaat gefährdende, links-extreme Propaganda und zwar auf unser aller Kosten (also auch ein klarer Fall für die Ombudsstelle der SRG).

¹ <https://www.srf.ch/news/schweiz/buergerinnen-und-buerger-gesucht-wenn-das-stimmvolk-wacker-schrumpft> ;
<https://www.srf.ch/sendungen/echo-der-zeit/levrat-ruecktritt-wie-kommt-die-sp-aus-der-krise>

Sogar unser neutraler (!) National- und hoffentlich Noch-Rechtsstaat soll offenbar à la Kommunismus, Muslimbrüder wie auch Neoliberalismus - nota bene, alle transnational - unter bewusster oder unbewusster Beihilfe unserer linksextrem gesinnten MitbürgerInnen von innen her demographisch aufgesprengt werden.

Natürlich können weder Polizei noch die zur Polizei subsidiäre Armee potentiell mehr als zwei Millionen - nota bene, sich zu etwas berechtigt fühlend (!) aufgerufene - inländische Mitmenschen besänftigen. Wie bitte sehen das andere logisch denkende Mitmenschen - inklusive Juristen? (linke Literaturempfehlung: 'Manufacturing Consent' von Herman und Chomsky).»

B. Die **zuständige Redaktion** erhielt Ihre Beanstandung zur Stellungnahme. Für **SRF News/»Echo der Zeit«** äusserte sich Herr **Fredy Gsteiger**, stellvertretender Chefredaktor von Radio SRF:

«Besten Dank für die Gelegenheit, Stellung zu nehmen zur Beanstandung von Herrn Simon Kramer. Herr Kramer äussert in seiner Beanstandung in erster Linie seine entschiedene Ablehnung des Ausländerstimmrechts. So wie ich sein Schreiben verstehe, setzt er sich im Rahmen dieses Positionsbezugs in zwei Punkten auch mit unserer Berichterstattung auseinander: Zum einen, indem er die Forderung nach dem Stimm- und Wahlrecht für Ausländer als Ausdruck einer linksextremen Gesinnung charakterisiert. Zum andern, indem er es – als Folge seiner Einschätzung – für nicht statthaft erachtet, dass jemand sich in der Berichterstattung von SRF zugunsten dieses Ausländerstimm- und -wahlrechts äussert.

Die Beanstandung bezieht sich auf einen Artikel plus Kasten auf SRF News. Beide Teile des Artikels basieren wiederum auf einer zweiteiligen Berichterstattung im 'Echo der Zeit'.

Der erste und auch umfangmässig gewichtigere Teil fokussiert auf das Stimm- und Wahlrecht für Ausländer. Der zweite, ergänzende Teil beschäftigt sich mit der Debatte über die Herabsetzung des Stimmrechtsalters, da diese Massnahme ebenfalls eine Möglichkeit darstellt, den Anteil der Stimmberechtigten an der Gesamtbevölkerung zu erhöhen.

Ausgangspunkt für den Beitrag von Basel-Korrespondentin Marlène Sandrin ist eine Statistik aus dem Kanton Basel-Stadt, die aufzeigt, dass mittlerweile weniger als die Hälfte der Kantonsbevölkerung von Basel-Stadt dort auch stimmberechtigt ist. Der Bericht ist in drei Teile gegliedert. Im ersten Teil kommt eine Ausländerin zu Wort, die in Basel geboren und aufgewachsen ist und stets dort gelebt hat und auch in der Stadt Steuern bezahlt. Den Einbürgerungsprozess wollte sie nicht absolvieren, hingegen bedauert sie, in Basel nicht stimm- und wahlberechtigt zu sein, obschon sie sich am Rheinknie zuhause fühlt.

Im zweiten Teil wird die politische Debatte abgebildet: Mit der SP, die das Stimm- und Wahlrecht entschieden befürwortet. Mit der SVP, welche dieses entschieden ablehnt und deren Vertreter anmerkt, dass nicht nur Ausländer, sondern auch Jugendliche nicht abstimmen dürfen. Und mit den Bürgerlichen, deren Vertreter eine Mitteposition einnimmt, indem das Stimmrecht für Ausländer mit mindestens zehnjährigem Wohnsitz befürwortet wird. Am Ende wird ausserdem aufgezeigt, dass Vorstösse in Basel, das Ausländerstimm- und Wahlrecht einzuführen, vom Volk mehrfach abgelehnt wurden. Will heissen: In bisherigen Abstimmungen fand sich keine Mehrheit für dieses Anliegen.

Im dritten Teil des Beitrags wird ein Politologe der Universität Luzern befragt: Dieser empfindet es als demokratiepolitisch problematisch, wenn ein sehr grosser Anteil der dauerhaft ortsansässigen und dort steuerzahlenden Bevölkerung vom demokratischen Prozess ausgeschlossen wird. Er erachtet es als Risiko, wenn dadurch eine Minderheit für, beziehungsweise über die Mehrheit entscheiden kann. Und er erklärt, warum es in der direkten Demokratie Forderungen schwer haben, zusätzliche Gruppen das Stimmrecht zu gewähren – wie bereits das lange Ringen um das Frauenstimmrecht zeigte.

Aus unserer Sicht ist dieser Beitrag sachgerecht. Es kam eine betroffene Ausländerin zu Wort, deren Argumenten und Forderung unser Publikum gutheissen oder ablehnen kann, indem es sich eine eigene Meinung bildet. Es wurde das politische Spektrum abgebildet, das von Zustimmung über eingeschränkte Zustimmung bis zu klarer Ablehnung reicht. Und es kam ein Wissenschaftler zu Wort, der aus demokratiepolitischer Warte argumentiert. Auch dieser Argumentation muss das Publikum nicht beipflichten, sie ist jedoch in einer demokratiepolitischen Betrachtungsweise stringent und darf legitimerweise geäussert werden.

Für uns ist im Übrigen nicht ansatzweise erkennbar, inwiefern es sich bei der Frage des Ausländerstimm- und -wahlrechts um ein linksextremes Anliegen handeln sollte. Zumal es gar nicht von linksextremen Parteien vertreten wird, sondern von linken (SP) und in eingeschränktem Mass auch von bürgerlichen Parteien.

Wir bitten Sie deshalb, sehr geehrter Herr Blum, die Beanstandung von Herrn Simon Kramer abzulehnen.»

C. Damit komme ich zu meiner **eigenen Bewertung des Artikels und der Sendung**. Ich habe Mühe zu verstehen, wie Sie auf der Grundlage einer journalistisch redlich und korrekt aufgebauten Sendung und eines journalistisch redlich und korrekt aufgebauten Online-Textes zu einem geradezu verschwörungstheoretischen **Katastrophen-Szenario** kommen, bei dem Demokratie und Rechtsstaat in der Schweiz à la Kommunismus, Muslimbrüder und Neoliberalismus unter Beihilfe einheimischer Linksextremer aufgesprengt werden sollen. Was interpretieren Sie da in SRF-Sendungen und – Texte hinein? Was träumen Sie? Die Redaktion des «Echos der Zeit» hat ein **real existierendes Problem** aufgegriffen: Der Souverän wird im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung immer kleiner. Nicht zum Souverän gehören die Jugendlichen unter 18, die in der Schweiz lebenden Ausländerinnen und Ausländer sowie die Entmündigten. Es ist unbefriedigend, wenn der Souverän demnächst aus der Minderheit besteht. Das wären Zustände wie im 18. und teilweise im 19. Jahrhundert. Das Problem lässt sich entschärfen oder lösen, indem das Stimmrechtsalter auf 16 Jahre gesenkt wird, ausländische Menschen erleichtert oder formlos-gratis eingebürgert werden oder indem sie nach einer Karenzfrist einfach mit dem Stimm- und Wahlrecht versehen werden. Diese Problematik haben Sendung und Artikel in der Form einer **Auslegeordnung** aufgezeigt. Damit hat das «Echo der Zeit» nichts anderes getan als das, was Journalismus immer tut: Ein Problem erkennen, seine Ursachen und Hintergründe schildern und Lösungsmöglichkeiten darlegen. Es gibt daher an den Beiträgen aus der Sicht der Ombudsstelle überhaupt nichts auszusetzen: Sie waren sachgerecht, erhellend und vielfältig, indem sie verschiedene Positionen spiegelten. Ganz daneben greift Ihr Umkehrschluss: An die Gesetze halten müssen sich alle. Da gibt es keinerlei Ausnahmen als Kompensation für irgendetwas. Und als Saldo: Ich kann Ihre **Beanstandung nicht unterstützen**.

D. Diese Stellungnahme ist mein **Schlussbericht** gemäß Art. 93 Abs. 3 des Radio- und Fernsehgesetzes. Über die Möglichkeit einer Beschwerde an die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio- und Fernsehen (UBI) orientiert die beigelegte Rechtsbelehrung. Für Nachfragen stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Roger Blum, Ombudsmann

Beilage: Rechtsbelehrung

Kopien dieses Schlussberichtes gehen an:

- Herrn Fredy Gsteiger, stv. Chefredaktor von Radio SRF
- Frau Annina Keller, Leiterin der Geschäftsstelle SRG.D

Unrecht nicht hören?
Unrecht nicht sehen?
Recht nicht sprechen?



Unrecht hören und sehen!
Kein Unrecht sprechen!
Recht sprechen!

Sogenannt *Unabhängige* *Beschwerdeinstanz (UBI)*

Beschwerdeinstanz für
Radio und Fernsehen
Christoffelgasse 5
3003 Bern

16. Dezember 2019

Dr. Simon KRAMER
Boulevard de Grancy 20
CH-1006 Lausanne
simon.kramer@bluewin.ch
<https://www.simon-kramer.ch>
+41 79 949 83 78

Beschwerde über die SRG

Sehr geehrte Damen und Herren

Hiermit beschwere ich mich (zum ersten Mal bei Ihnen)

1. wegen der Blockierung und darum wegen der krassen (wenigstens *de-facto*) Zensur (rechtliche Grundlage?!) meines nicht gegen die Netiquette verstossenden, fünfteilig eingereichten (und darum sicher nicht versehentlich verlorenen) prägnanten Kommentars zum von mir beanstandeten, höchst problematischen SRG-Artikel (in der Beilage) und darum
2. wegen Verschleppung und schlussendlicher Verhinderung
 - (a) der dringend nötigen Richtigstellung des Sachverhaltes (Faktenklärung) und
 - (b) meiner Partizipation an der Leserdiskussion (Gegenbeweisäusserung)

Nota bene (SRG):

«Uns ist es wichtig, Kommentare möglichst schnell zu sichten und freizugeben.»

(Leserkommentare, die viel später als meiner eingereicht wurden, sind aufgeschaltet worden. Es gab nicht überdurchschnittlich viele Leserkommentare. Beides ist in der Beilage belegt.)

3. wegen der unangemessenen Zeichenbeschränkung der Kommentarfunktion, die Faktenklärung und Gegenmeinungsäusserung und damit die Qualitätskontrolle von SRG-Artikeln behindert
4. wegen mangelnder automatischer Email-Eingangsbestätigung (Beleg) für eingereichte Leserkommentare, Beanstandungen und Beschwerden
5. wegen einer viel zu grossen maximalen Bearbeitungsdauer von Beanstandungen, vor allem wenn diese höchst problematische Artikel, wie den von mir beanstandeten, derer Richtigstellung dringend ist, betreffen (man muss der SRG entsprechende Ressourcen dafür anstatt für Brot-und-Spiele-Sendungen *à la* Glanz und Gloria und andere Volksverblödung zuteilen)
6. wegen falschen Prioritäten der SRG (Volksverblödung anstatt effiziente Volksinformation)
7. wegen dem unsachgemässen Schlussbericht der Ombudsstelle (Verdrehen meines sogar formal-

logisch korrekten 1-Schritt Argumentes, fragliche Unterstellungen, *noyer le poisson*, etc.) und der entsprechenden Zeitverschwendung für mich (und potentiell alle Beanstandende)

8. wegen Vorspiegelung einer SRG-Qualitätskontrolle mittels Ombudsstelle, die jedoch keine ist; die Ombudsstelle ist *de facto* ein gross affiziertes, professorales Feigenblatt ohne Anfechtbarkeit und ohne rechtliche Relevanz, das seine Subjektivität (nicht-wohlfundierte Meinungen, Empfindungen, etc.) über (meine) Logik (wohlfundiertes Argument, Beweis, etc.) stellt; Beweise brauchen keine populäre sondern lediglich richterliche Unterstützung; populäre Gegenmeinungs-Bringschulden aufbürden und Gegenbeweise verdrehen ist populistisch; ein einziger Whistleblower, der einen Gegenbeweis erbringt, muss kollektiv hinreichend sein!

In meiner, durch sich leider häufende Indizien zunehmend bestätigter Wahrnehmung ist die SRG immer weniger unterscheidbar von einem, wie von Herman und Chomsky beschriebenen, staatlichen Propagandaapparat—einfach linker anstatt rechter Ausprägung. Neoliberale Globalisierung wird mit kommunistischer Internationalisierung unheilig verstärkt, was zu einer für unsere Gesellschaft katastrophalen Polarisierung und Spaltung (wie in der sich balkanisierenden britischen Bevölkerung) anstatt zur Erhaltung eines gut schweizerischen (differenzierten) Gleichgewichts führt. In diesem Spannungsfeld drücken sich verzweifelte Mitmenschen, die sich nicht gut mit Worten ausdrücken können und deren Wortmeldungen erst noch mit Zensur unterdrückt werden, halt mit Verzweiflungstaten aus. So werden Bürgerkriege programmiert, was meiner Laien-Meinung nach mindestens eventualvorsätzliche Staatsgefährdung ist. Die Linke inklusive Staatsmedien gebärt so gleich selber den Rechtsextremismus, den sie zu bekämpfen vorgibt (linke Problembewirtschaftung).

Im Interesse einer für eine direkte Demokratie reifen Gesellschaft fordere ich

1. die Abschaffung der Kommentarfürterung für alle SRG-Artikel, die meiner Meinung nach bevormundend und rechtswidrig ist (nicht die SRG sondern Gerichte und Polizei haben das Recht durchzusetzen; Autoren rechtswidriger Leserkommentare können ja angezeigt werden)
2. eine öffentliche Qualitätskontrolle für und bei jedem online SRG-Artikel mittels
 - (a) *likes*- und *dislikes*-Zähler (wie für online Leserkommentare!)
 - (b) einem direkt durch entsprechende Leservoten über den Artikel in Echtzeit generierten Smartmap *à la* <https://smartvote.ch> (als Kontrolle der Artikel-Neutralität!)
 - (c) Beanstandungs- und Beschwerdezähler (als Meta-Qualitätskontrolle!)

Mit freundlichen Grüßen

(promovierter Informatik-Dozent)

Beilage

1. beanstandeter SRG-Artikel
2. Schlussbericht der Ombudsstelle inklusive meines Kommentars
3. meine unbeantwortete Beschwerde bei der SRG und beim BAKOM

Unrecht nicht hören?
Unrecht nicht sehen?
Recht nicht sprechen?



Unrecht hören und sehen!
Kein Unrecht sprechen!
Recht sprechen!

Bundesamt für Kommunikation (BAKOM)

Bundesamt für Kommunikation
Zukunftstrasse 44
2501 Biel

17. Dezember 2019

Dr. Simon KRAMER
Boulevard de Grancy 20
CH-1006 Lausanne
simon.kramer@bluewin.ch
<https://www.simon-kramer.ch>
+41 79 949 83 78

Beschwerde über die SRG

Sehr geehrte Damen und Herren

Hiermit beschwere ich mich

1. wegen der Blockierung und darum wegen der krassen (wenigstens *de-facto*) Zensur (rechtliche Grundlage?!) meines nicht gegen die Netiquette verstossenden, fünfteilig eingereichten (und darum sicher nicht versehentlich verlorenen) prägnanten Kommentars zum von mir beanstandeten, höchst problematischen SRG-Artikel (in der Beilage) und darum
2. wegen Verschleppung und schlussendlicher Verhinderung
 - (a) der dringend nötigen Richtigstellung des Sachverhaltes (Faktenklärung) und
 - (b) meiner Partizipation an der Leserdiskussion (Gegenbeweisäusserung)

Nota bene (SRG):

«Uns ist es wichtig, Kommentare möglichst schnell zu sichten und freizugeben.»

(Leserkommentare, die viel später als meiner eingereicht wurden, sind aufgeschaltet worden. Es gab nicht überdurchschnittlich viele Leserkommentare. Beides ist in der Beilage belegt.)

3. wegen der unangemessenen Zeichenbeschränkung der Kommentarfunktion, die Faktenklärung und Gegenmeinungsäusserung und damit die Qualitätskontrolle von SRG-Artikeln behindert
4. wegen mangelnder automatischer Email-Eingangsbestätigung (Beleg) für eingereichte Leserkommentare, Beanstandungen und Beschwerden
5. wegen einer viel zu grossen maximalen Bearbeitungsdauer von Beanstandungen, vor allem wenn diese höchst problematische Artikel, wie den von mir beanstandeten, derer Richtigstellung dringend ist, betreffen (man muss der SRG entsprechende Ressourcen dafür anstatt für Brot-und-Spiele-Sendungen *à la* Glanz und Gloria und andere Volksverblödung zuteilen)
6. wegen falschen Prioritäten der SRG (Volksverblödung anstatt effiziente Volksinformation)
7. wegen dem unsachgemässen Schlussbericht der Ombudsstelle (Verdrehen meines sogar formallogisch korrekten 1-Schritt Argumentes, fragliche Unterstellungen, *noyer le poisson*, etc.) und der entsprechenden Zeitverschwendung für mich (und potentiell alle Beanstandende)

8. wegen Vorspiegelung einer SRG-Qualitätskontrolle mittels Ombudsstelle, die jedoch keine ist; die Ombudsstelle ist *de facto* ein gross affiziertes, professorales Feigenblatt ohne Anfechtbarkeit und ohne rechtliche Relevanz, das seine Subjektivität (nicht-wohlfundierte Meinungen, Empfindungen, etc.) über (meine) Logik (wohlfundiertes Argument, Beweis, etc.) stellt; Beweise brauchen keine populäre sondern lediglich richterliche Unterstützung; populäre Gegenmeinungs-Bringschulden aufbürden und Gegenbeweise verdrehen ist populistisch; ein einziger Whistleblower, der einen Gegenbeweis erbringt, muss kollektiv hinreichend sein!

In meiner, durch sich leider häufende Indizien zunehmend bestätigter Wahrnehmung ist die SRG immer weniger unterscheidbar von einem, wie von Herman und Chomsky beschriebenen, staatlichen Propagandaapparat—einfach linker anstatt rechter Ausprägung. Neoliberale Globalisierung wird mit kommunistischer Internationalisierung unheilig verstärkt, was zu einer für unsere Gesellschaft katastrophalen Polarisierung und Spaltung (wie in der sich balkanisierenden britischen Bevölkerung) anstatt zur Erhaltung eines gut schweizerischen (differenzierten) Gleichgewichts führt. In diesem Spannungsfeld drücken sich verzweifelte Mitmenschen, die sich nicht gut mit Worten ausdrücken können und deren Wortmeldungen erst noch mit Zensur unterdrückt werden, halt mit Verzweiflungstaten aus. So werden Bürgerkriege programmiert, was meiner Laien-Meinung nach mindestens eventualvorsätzliche Staatsgefährdung ist. Die Linke inklusive Staatsmedien gebärt so gleich selber den Rechtsextremismus, den sie zu bekämpfen vorgibt (linke Problembewirtschaftung).

Im Interesse einer für eine direkte Demokratie wohlfunktionierenden Gesellschaft fordere ich

1. die Abschaffung der Kommentarfürterung für alle SRG-Artikel, die meiner Meinung nach bevormundend und rechtswidrig ist (nicht die SRG sondern Gerichte und Polizei haben das Recht durchzusetzen; Autoren rechtswidriger Leserkommentare können ja angezeigt werden)
2. eine öffentliche Qualitätskontrolle für und bei jedem online SRG-Artikel mittels
 - (a) *likes*- und *dislikes*-Zähler (wie für online Leserkommentare!)
 - (b) einem direkt durch entsprechende Leservoten über den Artikel in Echtzeit generierten Smartmap *à la* <https://smartvote.ch> (als Kontrolle der Artikel-Neutralität!)
 - (c) Beanstandungs- und Beschwerdezähler (als Meta-Qualitätskontrolle!)
3. eine einzige Anlaufstelle für alle Beanstandungen und Beschwerden mit einfacher online Eingabe und ohne formalistische Behinderung des Rechtszugangs (Effektivität und Effizienz!)

Mit freundlichen Grüßen

(promovierter Informatik-Dozent)

Beilage

1. beanstandeter SRG-Artikel
2. Schlussbericht der Ombudsstelle inklusive meines Kommentars
3. meine unbeantwortete Beschwerde bei der SRG und beim BAKOM

Unrecht nicht hören?
Unrecht nicht sehen?
Recht nicht sprechen?



Unrecht hören und sehen!
Kein Unrecht sprechen!
Recht sprechen!

Bundesgerichtsurteil 2C_1023/2021⁹

⁹<https://www.bger.ch/ext/eurospider/live/de/php/aza/http/index.php?lang=de>



Lausanne, 29. November 2022

Medienmitteilung des Bundesgerichts

Urteil vom 29. November 2022 (2C_1023/2021)

Löschung von Kommentaren in Online-Foren und Social-Media-Kanälen der SRG: Rechtsweg über Ombudsstelle SRG und UBI

*Die Löschung eines Kommentars zu einem redaktionellen Beitrag der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) in einem ihrer Online-Foren oder Social-Media-Kanälen **kann rechtlich angefochten werden**. Ob im Einzelfall ein unzulässiger Eingriff in die Meinungsäusserungsfreiheit der Autorin oder des Autors vorliegt, ist **nach vorgängigem Schlichtungsversuch der Ombudsstelle SRG durch die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI) zu prüfen**.*

SRF News veröffentlichte am 10. August 2021 in ihrem übrigen publizistischen Angebot auf Instagram den Beitrag "Deutschland schafft kostenlose Corona-Tests ab". Eine Person brachte hierzu einen Kommentar an, der von der SRF-News-Redaktion wenige Stunden später gelöscht wurde, da er mit ihrer "Netiquette" (Regeln der SRG für das soziale Kommunikationsverhalten) nicht vereinbar sei. Die Autorin des Kommentars gelangte dagegen zunächst an die Ombudsstelle SRG Deutschschweiz, welche die Beanstandung nicht weiter behandelte. Auf die anschliessende Beschwerde der Autorin trat die UBI nicht ein. Nichteintreten => Rechtsverweigerung

Das Bundesgericht heisst die Beschwerde der Autorin an seiner öffentlichen Beratung vom Dienstag gut. Die Kommentarfunktion zu redaktionellen Beiträgen in Online-Foren oder Social-Media-Kanälen der SRG gehört zu ihrem übrigen publizistischen Angebot. Die Kommentarfunktion dient dem Meinungsaustausch und der Meinungsbildung rund

um den redaktionellen Beitrag. Bietet die SRG ausserhalb ihres Programms solche Foren für Meinungsäusserungen an, muss sie möglichst grundrechtskonform handeln und ihrer Rolle als gesamtschweizerisch konzessionierte Anbieterin im Radio- und Fernsbereich Rechnung tragen. Mit der Löschung von Kommentaren oder dem individuellen, vorübergehenden oder dauernden Ausschluss von Personen von der Kommentarfunktion greift die SRG in die Meinungsäusserungsfreiheit der Betroffenen ein. Damit muss ein Rechtsweg offen stehen, der den Anforderungen der Bundesverfassung (Artikel 29a BV) genügt. Zivil- oder strafrechtliche Rechtsmittel sind in diesem Zusammenhang nicht hinreichend wirksam; die Streichung eines Kommentars stellt in der Regel keine Persönlichkeitsverletzung oder eine strafrechtlich sanktionierte Ehrverletzung dar, wie der vorliegende Fall belegt. Auch ein Aufsichtsverfahren des Bundesamtes für Kommunikation würde nicht den erforderlichen Rechtsschutz bieten. Es besteht somit kein anderer Rechtsweg als über die Ombudsstelle der SRG und anschliessend die UBI. Die UBI ist gemäss dem Bundesgesetz über Radio und Fernsehen zuständig für Beschwerden im Zusammenhang mit dem Inhalt redaktioneller Beiträge der SRG. Löscht die SRG aktiv einen Kommentar zu einem redaktionellen Beitrag in ihrem übrigen publizistischen Angebot oder verweigert sie einzelfallweise den Zugang zu Kommentarfunktionen, liegt darin ebenfalls ein wertender redaktioneller Akt. Soweit eine Vermittlung durch die Ombudsstelle der SRG zuvor gescheitert ist, wird die UBI auf Beschwerde hin somit einzelfallbezogen zu prüfen haben, ob die SRG unzulässigerweise in die Meinungsäusserungsfreiheit der Autorin und des Autors eines gelöschten Kommentars eingegriffen hat.

Kontakt: Peter Josi, Medienbeauftragter, Caroline Brunner, Stellvertretende Medienbeauftragte
Tel. +41 (0)21 318 91 53; Fax +41 (0)21 323 37 00
E-Mail: presse@bger.ch

Hinweis: Die Medienmitteilung dient zur Information der Öffentlichkeit und der Medien. Die verwendeten Formulierungen können vom Wortlaut des Urteils abweichen; für die Rechtsprechung ist einzig das schriftliche Urteil massgebend.

Das Urteil wird nach Vorliegen der schriftlichen Begründung auf www.bger.ch veröffentlicht (Datum noch nicht bekannt) : *Rechtsprechung* > *Rechtsprechung (gratis)* > *Weitere Urteile ab 2000* > 2C_1023/2021 eingeben.

Unrecht nicht hören?
Unrecht nicht sehen?
Recht nicht sprechen?



Unrecht hören und sehen!
Kein Unrecht sprechen!
Recht sprechen!

E pur si muove! L'état, c'est nous!



Quelle: <https://picswiss.ch> (via Wikipedia)